

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 53 (1973-1974)
Heft: 8

Artikel: Westdeutschlands Ostpolitik im Vergleich mit historischen Modellen
Autor: Riekhoff, Harald von
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162873>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Westdeutschlands Ostpolitik im Vergleich mit historischen Modellen

Einführung

Der Begriff «Ostpolitik» kennzeichnet die von der Regierung Brandt seit 1969 systematisch und energisch betriebenen Versuche, eine Normalisierung und Entspannung in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den kommunistischen Staaten Osteuropas, einschliesslich der DDR, einzuleiten. Bei der Ostpolitik handelt es sich um ein weitreichendes politisches Konzept, welches in einer Serie von internationalen Verträgen kodifiziert worden ist. Das Vertragswerk besteht aus den 1970 abgeschlossenen Verträgen von Moskau und Warschau, die Gewaltverzichtserklärungen enthalten und den Tatbestand der existierenden osteuropäischen Grenzen bestätigen. Dazu kommt das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin von 1971, das, obwohl Bonn dabei nicht direkt beteiligt war, in engster Konsultation mit der Bundesrepublik zustandekam und damit eine westdeutsche Ratifikation der anderen Ostverträge erst ermöglichte. Im Dezember 1972 wurde der Grundvertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik unterzeichnet. Er zielt darauf hin, bei gegenseitiger Anerkennung normale staatliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Teilstaaten herzustellen, hebt dabei aber in mehreren Punkten, wie beispielsweise bei der Regelung des innerdeutschen Handels und der Art der diplomatischen Vertretung, das von den normalen völkerrechtlichen Gepflogenheiten abweichende Sonderverhältnis zwischen zwei Staaten gleicher Nation hervor. Als letztes wurde im Juni 1973 ein Abkommen mit Prag paraphiert, in dem das von Hitler erzwungene Münchener Abkommen von 1938 als ungültig erklärt wurde, der Beginn seiner Nichtigkeit aber unerwähnt blieb und damit der strittige Punkt, ob das Abkommen *ex nunc* ungültig gewesen oder erst später verfallen sei, versöhnend umgangen wurde.

Bis zu einem gewissen Grade kann die Ostpolitik als eine mit anderen Mitteln betriebene Westpolitik angesehen werden. Sowohl das von Ade-

nauer mit den Westmächten zwischen 1952 und 1955 abgeschlossene Vertragswerk als auch die Ostverträge der Regierung Brandt/Scheel dienen als eine Art von Ersatzfriedensschluss und bezwecken die Normalisierung der Beziehungen zwischen Westdeutschland und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Was im Westen durch Bündnisverpflichtungen und multilaterale wirtschaftliche Integration unternommen wurde, wird im Osten mit bilateralen Gewaltverzichtserklärungen und einer allmählichen Ausdehnung der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Kontakte betrieben. Was den Osten anbelangt, so liegen die Ziele hier niedriger, auch sind die Termine weniger gedrängt und die Resultate schwerer vorauszusagen, als dies im Westen der Fall war.

Der Hauptunterschied zwischen den beiden Vertragswerken besteht darin, dass die von Adenauer getroffenen Abmachungen eine langfristige Option für eine bestimmte aussenpolitische Grundrichtung darstellten¹. Dies trifft bei den jetzigen Ostverträgen, welche die westliche Grundrichtung der Bonner Aussenpolitik weiter einhalten, nicht zu. Eine weitere Verschiedenheit der beiden Vertragswerke liegt darin, dass die Westverträge die Beziehungen zwischen den Vertragspartnern sofort und weitgehend veränderten, indem sie Bonns Souveränität und Beitritt in die NATO bestimmten. Dasselbe ist bei den Ostverträgen nicht festzustellen. Erst auf sehr viel längere Sicht lässt sich bei erweiterter Kontaktaufnahme und verbessertem Meinungsklima und aufgrund der dadurch ausgelösten internen gesellschaftlichen Prozesse eine weitgehende Veränderung der deutschen Beziehungen mit Osteuropa erhoffen.

Wegen ihrer weitreichenden historischen Bedeutung erscheint es nicht als verfehlt, die Ostpolitik Brandts anhand von acht Vergleichsmodellen zu erläutern, die auf einer imaginären Skala deutsch-russischer Beziehungen eine jeweils verschiedene, dem vorherrschenden Grade freundschaftlicher oder feindlicher Beziehungen entsprechende Position einnehmen.

Bei den ersten drei Modellen – der ungleichen Partnerschaft, der Rapallo-Politik und Bismarcks Mitteleuropakonzept – handelt es sich um eine enge deutsch-russische Kooperation, gewöhnlich im Zusammenhang mit gemeinsamen militärischen Abmachungen. Auch bei Modell IV, Stresemanns Ausgleichspolitik, überwiegen noch die gemeinsamen aussenpolitischen Interessen. Danach folgen drei Modelle – die Randstaatenpolitik, die Ostpolitik Brandts und Adenauers Nichtanerkennungspolitik gegenüber Osteuropa –, bei denen Furchtvorstellungen gegenüber Russland dominieren und defensive Massnahmen getroffen werden, obwohl dies im Falle der Ostpolitik Brandts mit konzilianter Bestrebungen verbunden ist. Nur das letzte Modell, Hitlers Streben nach einem osteuropäischen Imperium, weist eine unzweideutige Angriffsstellung gegenüber Russland auf.

Modell I: Ungleiche Partnerschaft

Dieses Modell kennzeichnet den Stand der Beziehungen zwischen Preussen und Russland vom Wiener Kongress bis zum Ende der Regierung des Kaisers Nikolaus I. Es trifft ebenso für das jetzige Verhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion zu. In beiden Fällen beruht die enge Partnerschaft auf gemeinsamen aussenpolitischen Interessen und gleichen gesellschaftlichen Systemen. Trotz der engen Interessengemeinschaft besteht zwischen den beiden Partnern keine Gleichheit. Für Russland ist das Bündnis mit einem deutschen Teilstaat, sei es Preussen oder die DDR, einer von vielen aussenpolitischen Anhaltspunkten; für den deutschen Teilstaat dagegen bestimmt es die ganze aussenpolitische Richtung. Preussens Grossmachtstellung nach den napoleonischen Kriegen beruhte auf russischer Vermittlung und Unterstützung. Die DDR verdankt ihre staatliche Existenz und weitgehend auch ihre Anerkennung durch andere Staaten der Sowjetunion. Ein wahres Gleichheitsverhältnis lässt sich bei einem so hohen Grade von Abhängigkeit schwer herstellen. Diese Form der ungleichen Partnerschaft hat liberalisierenden Gesellschaftsströmungen entgegengewirkt. Dabei hat sich diese Partnerschaft als ausgesprochen langfristig und für die internationale Konstellation als stabilisierend erwiesen.

Modell II: Rapallo-Politik

Wie beim vorherigen Modell handelt es sich hier um eine deutsche Aussenpolitik, deren Schwerpunkt auf engem Zusammengehen mit Russland beruht und deren Spitze sich gegen den Westen richtet. Mit dem 1922 zwischen der Weimarer Republik und Sowjetrussland getroffenen Abkommen von Rapallo verfolgten beide Vertragspartner das Ziel, durch gegenseitige Unterstützung ihre internationale Isolierung zu überwinden und den westlichen Siegermächten ein Gegengewicht zu bieten. Nebenbei wollte jeder dem anderen dadurch den Weg zu einer westlichen Anlehnung abschneiden. Rapallo enthielt zwar keine militärischen Verpflichtungen – aus taktischen Gründen hatte man in Berlin nichts dagegen, wenn andere Mächte dahinter ein Bündnis vermuteten und somit Polen unter Druck gehalten wurde –, wäre aber auf lange Sicht kaum von einer militärisch erzwungenen Revision des Status quo zu trennen gewesen.

Abweichend von Modell I handelt es sich bei der Rapallo-Politik um eine aussenpolitische Partnerschaft gleichgestellter, gesellschaftlich aber feindlich sich gegenüberstehender Mächte. Rückblickend lässt sich feststellen, dass die von der Geschichtsschreibung viel zu sehr dramatisierte

Rapallo-Lösung von sehr kurzer Dauer war. Die Weimarer Republik bemühte sich zwar bis zu ihrem Zusammenbruch, ein gutes Verhältnis mit Moskau aufrechtzuerhalten. Das von Rapallo untrennbare Konzept, die Revision des Versailler Friedens durch ein deutsch-russisches Zusammengehen zu erzwingen, war aber schon mit den Locarno-Verträgen hinfällig geworden. Ein so schwerwiegendes Ziel liess sich bei den zwischen Berlin und Moskau herrschenden gesellschaftlichen Spannungen kaum verfolgen. Dazu kam der Tatbestand, dass die Westmächte den Schlüssel zu einer friedlichen Revision in den Händen hielten und Deutschland mit Rapallo an die falsche Adresse gekommen war. Bei der ersten Runde war es Deutschland, welches sich von der Rapallo-Lösung zurückzog. Als Hitler die Idee zwischen 1939 und 1941 wieder zur Anwendung bringen wollte, war es Stalin, der sich, wie Stresemann zuvor, ausweichend verhielt.

Modell III: Bismarcks Mitteleuropapolitik

Bismarcks aussenpolitische Bemühungen verfolgten das Ziel, das durch die Reichsgründung strapazierte europäische Staatensystem durch eine geschickte Balance- und Ausgleichspolitik aufrechtzuerhalten. Obwohl er ein Militärbündnis mit Russland unterhielt, ergab sich daraus nicht die dominierende, alles andere unterordnende Variable für die deutsche Aussenpolitik. Bismarck sah sich keineswegs verpflichtet, die russische Aussenpolitik auf allen Gebieten zu unterstützen. Das russische Bündnis war defensiver Art; es bezweckte die Absicherung der östlichen Flanke im Falle eines deutsch-französischen Krieges. Bismarcks Englandpolitik erstrebte das gleiche Ziel für den Westen, wurde aber ohne formelle Bündnisverpflichtungen betrieben.

Die beiden ersten Modelle zeigen eine stärkere Anlehnung an Russland als die Bismarcksche Politik, weil sie eine Option für den Osten und gegen den Westen darstellen. Der Altkanzler verwarf jegliche absolut bindende Option, die seines Erachtens der geographischen und politischen Mittelstellung Deutschlands nicht gerecht werden konnte².

Modell IV: Stresemanns Ausgleichspolitik

In der von Stresemann betriebenen Aussenpolitik lässt sich eine Variante der Bismarckschen Balancepolitik erkennen. Wenn sie sich in der Handhabung vom Bismarck-Modell abweichend entwickelte, so lag dies weniger an einer verschiedenen Grundauffassung als an den veränderten Umstän-

den. Bismarck vertrat eine den Status quo verteidigende Siegermacht. Stresemann lenkte das aussenpolitische Schicksal einer besiegten, nach Revision drängenden Nation. Die militärische Schwäche der Weimarer Republik trug dazu bei, dass Stresemann zur Erwirkung seiner aussenpolitischen Ziele mehr auf wirtschaftliche und kulturelle als auf militärische Mittel angewiesen war. Die veränderte innenpolitische Situation in Russland verhinderte die Kooperation mit Moskau. All dies erschwerte die Beibehaltung des Bismarckschen Balancesystems. Dennoch gelang es Stresemann zwischen 1923 und 1926, die deutsche Aussenpolitik von der einseitigen Rapallo-Richtung ins Bismarcksche Fahrwasser zurückzuleiten.

Vom Standpunkt der formellen Bindungen aus betrachtet, behielt Stresemann mehr Symmetrie zwischen Westen und Osten, als dies von Bismarck praktiziert worden war. Während der Fürst-Kanzler den östlichen Bündnisverpflichtungen kein Westbündnis entgegenstellte, vermied Stresemann militärische Bindungen im Westen wie im Osten und stellte den Locarno-Verträgen den Berlin-Vertrag von 1926 entgegen, um den Kontakt mit Russland nicht abbrechen zu lassen. Inhaltlich dagegen tendierte er stärker als Bismarck in eine bestimmte Richtung. Die erstrebte Revision der Ostgrenze, eine frühzeitige Räumung des Rheinlands und eine zufriedenstellende Lösung der Reparationsfrage liessen sich möglicherweise ohne russische Mitwirkung, nicht aber ohne Zustimmung der Westmächte, verwirklichen. Deren Konsens erhoffte sich Stresemann durch Sicherheit der Westgrenzen und allgemeine Kooperation zu gewinnen. Die Beziehungen zu Moskau wusste er dabei geschickt ins Spiel zu bringen, um seinen Verhandlungen mit den Westmächten mehr Resonanz zu verleihen. Dadurch wurde, anders als bei Bismarck, das deutsch-russische Verhältnis weitgehend den Interessen der Westpolitik untergeordnet.

Modell V: Randstaatenpolitik

Mit diesem Modell deutsch-russischer Beziehungen ist der Punkt erreicht, wo anti-russische Tendenzen überwiegen. Die Idee, die nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen der im Westen des russischen Reichs lebenden Völker zu unterstützen und somit einen *cordon sanitaire* von Randstaaten zu schaffen, entstammt einer defensiven Einstellung zu Russland. Zeitweilig, wie zum Beispiel während des Ersten Weltkrieges und unter Hitler, wurde die Randstaatenpolitik auch offensiv betrieben.

Im 19. Jahrhundert waren es meist liberale Elemente in Deutschland, die aus Furcht vor der russischen Militärmacht und aus ideologischer Ablehnung des zaristischen Absolutismus die Randstaatenpolitik befürworteten. Aber auch bei den anderen Parteien, besonders dem Zentrum und

sogar unter den Konservativen, gab es Anhänger dieser Richtung³. Die Regierung hat sich mit der Randstaaten-Idee nie recht anfreunden können. Man wollte durch derartige Experimente die russische Freundschaft nicht aufs Spiel setzen und fürchtete ausserdem, dass die Wiederherstellung Polens eine magnetische Wirkung auf die polnischen Gebiete Preussens ausüben würde. Die Situationen, in denen die Randstaatenpolitik aktiv betrieben wurde, waren kurzfristig und entsprachen augenblicklichen taktischen Erwägungen.

Die preussische Märzregierung von 1848, besonders deren Aussenminister Graf Arnim, verfolgte zeitweilig den Gedanken, das russische Vordringen in Europa durch ein westliches Bündnis und die Wiederherstellung Polens rückgängig zu machen, fand dazu aber kein Entgegenkommen in Paris und London. Nachdem die Bemühungen, während des Ersten Weltkrieges einen Separatfrieden mit Russland abzuschliessen, fehlgeschlagen waren, verpflichtete sich die Reichsregierung in der Zwei-Kaiser-Proklamation vom November 1916 zur Herstellung eines polnischen Staates und nahm damit die Randstaatenpolitik zeitweilig wieder auf. Es lag Berlin dabei weniger an der staatlichen Existenz Polens als an der Aushebung polnischer Rekruten für den Krieg. Mit dem Zusammenbruch von 1918 endete auch dieses kurzlebige Kapitel deutscher Randstaatenpolitik und wurde während der Weimarer Republik nicht wieder ernstlich aufgenommen. Dabei hätten gerade damals die Umstände eine derartige Politik begünstigt. Die Randstaaten waren zur Wirklichkeit geworden und die Quasi-Grossmacht Polen war militärisch wie ideologisch ein ernst zu nehmender Schutzwall gegen das revolutionäre Russland. Bei der deutschen Forderung nach einer Revision der polnischen Westgrenze und der weitverbreiteten Meinung, wonach Polen als lästiger Saisonstaat anzusehen sei, kam es jedoch zu keiner Verständigung zwischen Berlin und Warschau⁴. Erst Hitler hat mit dem deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 1934 die Randstaaten-Idee wieder aufgenommen. Im Gegensatz zu den vorherigen Bemühungen zur Herstellung eines *cordon sanitaire*, die meist defensiv waren, wollte Hitler ein offensives Vorgehen gegen Russland vorbereiten. Im Lauf von nur zwei Jahren brach Hitler mit den beiden frontal entgegengesetzten, von ihm abwechselnd betriebenen ostpolitischen Grundrichtungen. Er brach 1939 mit der gegen Russland gerichteten Randstaatenpolitik in drastischer Weise, indem er zusammen mit Stalin die Randstaaten ihrer nationalen Existenz beraubte. Aber schon 1941 verwarf er auch die wiederaufgefrischte Rapallo-Idee einer deutsch-russischen Partnerschaft mit dem Angriff auf Russland. Mit Hitlers erstrebter Endlösung, durch direkte territoriale Annexion von mehreren osteuropäischen Völkern und mit dem Satellitenstatus der übrigen ein deutsches Imperium auf osteuropäischem Raum

zu schaffen, erreichten die deutsch-russischen Beziehungen ihren historischen Tiefpunkt, welcher hier als *Modell VIII* gekennzeichnet sei.

Modell VI: Brandts Ostpolitik

Wegen seiner Aktualität wird dieses Modell zusammenfassend am Schluss betrachtet werden, obwohl es seiner aussenpolitischen Stellung nach hier seinen Platz hätte.

Modell VII: Adenauers Nichtanerkennungspolitik

Das stark empfundene Verlangen, eine politische und geistige Versöhnung mit Westeuropa herbeizuführen, und der Wunsch nach Sicherheit gegen den Kommunismus ergänzten sich bei Adenauer und liessen die eindeutige und einseitige Option für den Westen zustandekommen, die mit dem Beitritt der Bundesrepublik in die NATO und in die EWG besiegelt wurde. Es war nicht nur die einseitige Bindung, sondern auch das selbstauferlegte Kontaktverbot mit Osteuropa, welches sich aus dem Alleinvertretungsanspruch und der Nichtanerkennungspolitik ergab, was der Bonner Position eine ungewöhnliche Schärfe verlieh und Westdeutschland zur Passivität gegenüber Osteuropa verurteilte. Adenauers Politik stellt eine vom Osten nach dem Westen verlagerte Version des Rapallo-Modells dar. Wie bei Rapallo handelt es sich um ein einseitiges Zusammengehen und um die Hoffnung, bei einer politischen und wirtschaftlichen Übermacht des Westens eine Revision des Status quo im Osten, wengleich ohne Gewaltanwendung, durchzuführen.

Die Ostpolitik der Regierung Brandt, welche die von Adenauer eingeschlagene westliche Grundrichtung beibehält, sie aber mit einem mit friedlichen Mitteln betriebenen Engagement in Osteuropa verbindet, figuriert auf der hier angedeuteten Skala zwischen der Adenauer-Lösung und der Stresemannschen Politik und enthält Elemente von beiden Modellen.

Die kürzlich unterzeichneten Ostverträge ändern nichts an der Richtung des damals getroffenen Entschlusses. Westdeutschland bleibt weiter in der NATO und in der westeuropäischen wirtschaftlichen Integration verankert und betreibt seine nach Osten gerichtete Entspannungspolitik im Rahmen der allgemeinen Détente-Bemühungen seiner westlichen Partner. Man kann sogar sagen, dass der Versuch der Regierung Brandt, das Verhältnis zu Osteuropa zu normalisieren, nicht zuletzt von dem Gedanken geleitet wurde, die Bonner Aussenpolitik auf den gleichen, auf Entspannung eingestellten Nenner der westlichen Partner zu bringen und somit einer etwaigen Isolierung im eigenen Lager vorzubeugen.

Vom Standpunkt der formellen Bindungen aus gesehen, weicht Brandts Aussenpolitik nicht von den Richtlinien Adenauers ab. Inhaltlich dagegen verbindet sie viel mit Stresemanns Politik, wie beispielsweise in der Betonung der wirtschaftlichen und kulturellen Funktionen bei internationalen Beziehungen und im Hintanstellen der bisher dominierenden militärischen Aspekte. Damit hofft man, eine Verminderung der internationalen Konfliktgefahr herbeizuführen und obendrein der deutschen Aussenpolitik eine grössere Schlagkraft zu verleihen. Ein Abbau der Kriegsgefahr und des Kalten Krieges ist nicht nur um seiner selbst willen wünschenswert, er ermöglicht auch einen stärkeren Kontakt mit Osteuropa und erleichtert so das Schicksal der deutschen Teilung, obwohl dieser Abbau keine Garantien für eine zukünftige Wiedervereinigung bringt.

Wie seinerzeit Stresemann, versucht die Bundesregierung mit ihrer jetzigen Ostpolitik die deutsche Mittellage zwischen West- und Osteuropa stärker zum Ausdruck zu bringen und lässt sich nicht mehr, wie es sich aus der Adenauer-Politik ergab, durch ihre Bündnispartner zwangsmässig im Osten vertreten. Seitdem Bonn sich selber am Dialog mit Osteuropa beteiligt und seine Alliierten nicht dauernd zum Respektieren des Alleinvertretungsanspruchs und der Nichtanerkennung der DDR ermahnen muss, eröffnet sich für die Bundesrepublik ein grösserer Handlungsspielraum. Dadurch gewinnt Westdeutschland ein gesteigertes Einflussvermögen auf die europäischen Entwicklungen, welches seiner natürlichen Machtstellung und geographischen Lage besser gerecht wird.

Bei Stresemann wie bei Brandt liegen idealistische und realpolitische Vorstellungen nah beieinander. So lässt sich feststellen: Beide Staatsmänner wirken für den europäischen Frieden und die Normalisierung der internationalen Beziehungen. Beide sind dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Dabei wünschen sie keine Absolutsetzung der europäischen Verhältnisse und glauben ihre Revisionspläne am besten in einem Klima der allgemeinen Normalisierung verwirklichen zu können. – Stresemann hoffte, dass die Westmächte bei genügendem eigenem Sicherheitsgefühl Polen von der Notwendigkeit einer Revision der deutsch-polnischen Grenze überzeugen würden. Brandts Ostpolitik zielt nicht auf die Revision eines Vertrages, sondern auf die Umgestaltung der allgemeinen Lage ab. Die Ostpolitik beruht darauf, den osteuropäischen Staaten mehr Sicherheitsgefühl gegenüber der Aussenwelt zu verschaffen und sie damit zu grösserer gesellschaftspolitischer Aufgeschlossenheit und erweiterten Westkontakten zu ermuntern. Damit wäre die widernatürliche Teilung Deutschlands und Europas zwar nicht beseitigt, aber besänftigt.

Bei aller Flexibilität in der Auffassung und Ausführung verfügt Bonn über nur wenig Spielraum in der Gestaltung seiner Ostpolitik. Von den be-

sprochenen Modellen kann realistischweise nur das Adenauer-Modell zur Anwendung kommen, oder eine Variante desselben in Kombination mit gewissen, aus der Stresemann-Politik herausgegriffenen Aspekten. Das Rapallo- und das Bismarck-Modell setzen ein gleiches Kräfteverhältnis zu Russland voraus und verwerfen die Idee der Kriegsführung zur Erreichung aussenpolitischer Zwecke nicht. Beide Voraussetzungen fehlen heute. Dasselbe gilt in bezug auf Imperiumspläne Hitlerscher Denkart. Eine enge, obschon ungleiche Partnerschaft (Modell I), wie sie zwischen der DDR und der Sowjetunion besteht, setzt eine weitgehende gesellschaftliche Übereinstimmung voraus. Dies trifft für die Bundesrepublik und Sowjetrußland nicht zu. Bei dem hohen Integrationsgrad, welcher zwischen der Sowjetunion und den anderen Mitgliedern des Warschauer Paktes besteht, wäre der Versuch, eine Randstaatenpolitik (Modell V) zu betreiben, aussichtslos und würde das Verhältnis zu Osteuropa unnötig strapazieren. Obwohl es als durchaus wünschenswert erscheint, dass Bonn bilaterale Beziehungen zu den einzelnen osteuropäischen Staaten anknüpft und, soweit möglich, deren Streben nach einer schärferen nationalen Profilierung unterstützt, können nach dem heutigen Stand der Dinge ohne Moskaus Zustimmung keine weitreichenden Abmachungen mit ihnen getroffen werden. Die Bonner Regierung hat sich dieser Tatsache gefügt, indem der Vertrag von Moskau bewusst als erster abgeschlossen wurde, um den darauffolgenden Verträgen damit die Lizenz und den Rahmen zu verschaffen. Auch der Versuch, einzelne Mitglieder des Warschauer Paktes aus dem sich anbahnenden Dialog auszuschalten und sie damit sowohl im eignen Lager als auch international zu isolieren – eine Strategie, deren sich die Bonner Regierung während Erhards Kanzlerschaft gegenüber der DDR bediente –, hätte bei dem hohen Übereinstimmungsgrad innerhalb des Warschauer Paktes wenig Aussicht auf Erfolg und würde ausserdem die Entspannungsversuche belasten. Dass neuerdings die DDR in den Dialog miteinbezogen wird, trotz der grossen Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, zeugt von dem starken Realitätsverständnis der Regierung Brandt.

¹Vgl. Josef Joffe, Westverträge, Ostverträge und die Kontinuität der deutschen Aussenpolitik, in: *Europa-Archiv*, Folge 4 (1973), S. 111–124. – ²Die hier nur ange-deutete Bismarcksche Linie wird von Waldemar Besson ausführlicher behandelt in: Karl Kaiser und Roger Morgan, *Strukturwandlungen der Aussenpolitik in Grossbritannien und der Bundesrepublik*, München

1970, S. 96–101. – ³Vgl. Immanuel Birnbaum, *Entzweite Nachbarn: Deutsche Politik in Osteuropa*, Frankfurt 1968. – ⁴Die Problematik der deutsch-polnischen Beziehungen während der Weimarer Republik wird eingehender behandelt in: Harald von Riekhoff, *German-Polish Relations, 1918 bis 1933*, Baltimore & London 1971.